



POLITISCHE FORDERUNGEN

von Fairtrade Deutschland

Juni 2021



Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	2
Präambel.....	3
TransFair e.V. – Fairtrade Deutschland.....	3
Politische Arbeit im aktuellen Kontext	3
Ziel dieses Papiers.....	3
I. Warum Fairtrade politisch arbeitet.....	4
II. Was Fairtrade fordert	5
1. Leitsätze.....	5
(1) Menschenrechte müssen weltweit verwirklicht werden.....	5
(2) „Nachhaltigkeit“ muss immer auch Fairness beinhalten.....	5
(3) Wahre Kosten müssen eingepreist werden	6
2. Konkrete Forderungen mit Bezug auf die globalen Nachhaltigkeitsziele/SDGs:.....	6
Armutsbekämpfung (SDG 1)	6
Hunger bekämpfen durch eine nachhaltige Landwirtschaft (SDG 2)	7
Ausbau von Bildung und Weiterbildung für nachhaltige Entwicklung (SDG 4).....	8
Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5)	8
Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeitsbedingungen (SDG 8)	9
Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12).....	10
Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13).....	11
Allgemeine Ausrichtung an Nachhaltigkeitszielen, gemeinsames Handeln und Politik-Kohärenz (SDG 17)...	12
III. Wie Fairtrade seine Rolle in der politischen Arbeit versteht und umsetzt	13
Best Practices als Vorbild setzen	14
Menschen zum Handeln bewegen.....	14
Politik direkt beeinflussen	15

Abkürzungsverzeichnis

BMEL - Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

EZ - Entwicklungszusammenarbeit

FAO - Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization)

HREDD - menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflichten (Human Rights and Environmental Due Diligence)

ILO - Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (International Labour Organization)

MAPs - Multi-Akteurs-Partnerschaften

SDG - globale Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals)

UN – Vereinte Nationen (United Nations)

UNDRIP – Deklaration der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Bauernfamilien und anderen Menschen, die auf dem Land arbeiten (UN Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas)

VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

Präambel

TransFair e.V. – Fairtrade Deutschland

Seit 50 Jahren kämpft die Fair-Handels-Bewegung in Deutschland für eine strukturelle Veränderung des Welthandels, seit 1992 mit Unterstützung von Fairtrade Deutschland e.V.. Durch die Vergabe des Fairtrade-Siegels, die direkte Zusammenarbeit mit engagierten Unternehmen sowie Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit einer Vielzahl staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure schafft Fairtrade sowohl ein höheres Bewusstsein für globale Zusammenhänge und die Auswirkungen des konventionellen Welthandels, als auch konkrete Wirkungen vor Ort für mittlerweile über 1,7 Mio. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Arbeiter und Arbeiterinnen im globalen Süden. Der faire Handel zeigt Alternativen zur oft auf Ausbeutung und Umweltzerstörung beruhenden bestehenden Handelspolitik und Handelspraxis auf und leistet durch konkrete Maßnahmen einen unmittelbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation wirtschaftlich benachteiligter Menschen im globalen Süden.

Politische Arbeit im aktuellen Kontext

Der faire Handel mit seiner breiten zivilgesellschaftlichen Basis wird als politische Stimme zunehmend von der Politik wahrgenommen. Als freiwilliger Ansatz ergänzt Fairtrade bestehende Gesetze, fordert aber gleichzeitig die Weiterentwicklung des Gesetzesrahmens. Dazu hat Fairtrade Deutschland seit seinem Bestehen politische Forderungen zu gegebenen Anlässen artikuliert und diese erstmals 2017 in einem kohärenten und verbindlichen Rahmen für die eigene Arbeit ausformuliert. Die Forderungen orientieren sich an den 2015 verabschiedeten globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, *Sustainable Development Goals* (SDGs, oder auch *Agenda 2030*), zu deren Umsetzung sich auch Deutschland im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet hat. Im Rahmen der Fairtrade-Strategie 2021-2025 wurde das Mandat für die politische Advocacy- und Lobbyarbeit für Fairtrade weiter gestärkt und als Handlungsfeld verankert. Damit soll der in den letzten Jahren weiter gestiegenen Relevanz des fairen Handels und des internationalen Fairtrade-Systems, insbesondere seiner verstärkten politischen und entwicklungspolitischen Arbeit, klarer und aktueller entsprochen werden.

Die teilweise hitzig geführten Debatten der letzten Jahre zeigen die Dringlichkeit politischer Veränderungen für eine nachhaltige Entwicklung auf: Seien es die Fridays for Future-Bewegung und die bereits jetzt immer deutlichere Bedrohung der Existenzgrundlage landwirtschaftlicher Betätigung vor allem in den Ländern des globalen Südens (Stichwort Klimagerechtigkeit), die Frage nach einer wirksamen Regulierung der menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen (Stichwort Lieferkettengesetz), die Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern (Stichwort UN Declaration on the Rights of Peasants), eine gesetzliche Verhinderung von Kinderarbeit oder Entwaldung im globalen Süden oder die Gestaltung internationaler Handelsverträge – der faire Handel spielt bei diesen Themen eine Rolle und es liegt im originären Interesse von Fairtrade, sich politisch dazu zu positionieren.

Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie seit 2020 die Anfälligkeit der bestehenden globalen Lieferketten und die Verletzlichkeit insbesondere der Produzentinnen und Produzenten im globalen Süden wie mit dem Vergrößerungsglas gezeigt. Der faire Handel hat sich als Solidargemeinschaft bewiesen und in vielfacher Weise Nothilfe und Unterstützung geleistet, aber die zugrundeliegenden Probleme des Welthandelssystems sind damit nicht gelöst. Fairtrade fordert daher gemeinsam mit der Fair-Handels-Bewegung einen fairen Neustart für die Wirtschaft.

Ziel dieses Papiers

Das vorliegende aktualisierte Positionspapier ordnet die politische Arbeit von Fairtrade Deutschland ein, beantwortet Partnern und Interessierten die Fragen, warum, wie und zu welchen Themen der Verein politische Arbeit umsetzt und welche politischen Forderungen Fairtrade Deutschland vorantreiben will. Aufgrund der Arbeitsteilung innerhalb der Fairtrade-Familie sind diese ausschließlich an deutsche und europäische politische Akteure gerichtet, da die Produzentennetzwerke die Forderungen der Fairtrade-Produzent*innen und -Arbeiter*innen bereits an die Regierungen ihrer jeweiligen Länder adressieren und Fairtrade International die Forderungen des gesamten Systems an die globalen Organisationen wie etwa die UN und deren Unterorganisationen trägt.

Es handelt sich bei dem vorliegenden Papier nicht um eine Wiederholung der vorhandenen Forderungen seitens FTAO (Fair Trade Advocacy Office), VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen) oder Mitgliederpositionen zum fairen Handel und den Welthandelsstrukturen, sondern artikuliert die speziell für Fairtrade Deutschland relevanten Aspekte. Das Forderungspapier dient damit als

Grundlage für die politische Arbeit von Fairtrade Deutschland. Dadurch kann die Vereinsposition geklärt und Fairtrade besser in die Themen Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eingeordnet werden. Das Papier wird grundsätzlich von den Mitgliedsorganisationen getragen und gibt damit einen Kooperationsrahmen für die gemeinsame politische Arbeit der nächsten Jahre vor. Schließlich soll das Papier Anknüpfungspunkte und Schnittstellen für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen des fairen Handels und der Zivilgesellschaft bieten, sowie Leitlinie sein für komplementär verfolgte Aufrufe an die Konsument*innen und für Angebote an Wirtschaftsunternehmen, um das volle Potential zur Erreichung der Ziele zu entfalten.

I. Warum Fairtrade politisch arbeitet

Fairtrade strebt als Teil der globalen Fair-Handels-Bewegung eine Welt an, in der sich Handelsstrukturen und -praktiken an Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und nachhaltiger Entwicklung orientieren, so dass alle Menschen durch ihre Arbeit einen angemessenen und würdigen Lebensunterhalt aufrechterhalten und ihr Potenzial voll entfalten können. Die Basis für die politische Arbeit von Fairtrade bildet die Überzeugung, dass die Strukturen und Praktiken von Wirtschaft und Handel maßgeblichen Einfluss darauf haben, ob eine nachhaltige Entwicklung stattfinden kann. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass das freiwillige Engagement der Zivilgesellschaft, von Konsument*innen, einzelnen Unternehmen und Politiker*innen zwar viel bewirken kann, aber alleine nicht ausreicht,¹ um die dringend notwendige globale sozial-ökologische Transformation umzusetzen – denn die bestehenden Strukturen werden durch eine Vielzahl ordnungspolitischer Rahmenbedingungen geformt, darunter Fragen der Steuergesetzgebung, des Wettbewerbsrechts, zu Handelsverträgen und viele mehr. → **Fairtrade setzt sich für die Veränderungen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen hin zu mehr Fairness ein**, weil diese ein entscheidender Faktor ist, ob der (Welt-)Handel eine nachhaltige Entwicklung fördert oder behindert.

Bisher überwiegt immer noch ein Geschäftsmodell, das geprägt ist von einseitigen Machtverhältnissen, die Ausbeutung und Umweltzerstörung fördern und Ungleichheiten verfestigen. Wer negative Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt in Kauf nimmt, kann billiger produzieren. Unternehmen, die ihrer Pflicht zur Achtung und Förderung von Menschenrechten und Umweltschutz bereits freiwillig nachkommen, darunter auch viele Partnerunternehmen² von Fairtrade, sind daher im Nachteil zu Wettbewerbern, die dies nicht tun. → **Fairtrade tritt dafür ein, dass auf Grundlage der Werte und Prinzipien des fairen Handels³ allgemein-verbindliche Gesetze und Verordnungen erlassen werden.**

Der satzungsgemäße Auftrag von Fairtrade Deutschland ist es, der **Stimme des globalen Südens Gehör zu verschaffen**. Fairtrade Deutschland handelt als Mitglied von Fairtrade International, dessen Entscheidungsstrukturen zu 50% durch Vertretende der Produzent*innen bestimmt werden. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit für fairen Handel für den globalen Süden sind besonders ausgeprägt: Machtungleichgewichte im globalen Handel – vielfach das Erbe kolonialer Strukturen –, intransparente Lieferketten, fehlende lokale Regulierung oder schwache Durchsetzungsmechanismen vor Ort führen regelmäßig zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in vielen Ländern. Doch auch im globalen Norden führen die Strukturen des Welthandels zu negativen Auswirkungen, wie etwa der Verletzung von Arbeitsrechten im Gemüse und Obstanbau in verschiedenen europäischen Ländern. → **Durch seine politische Arbeit tritt Fairtrade dafür ein, die Praxis und Strukturen des konventionellen (Welt-)Handels zu verändern, um alle Menschenrechte innerhalb planetarer Grenzen⁴ zu erfüllen.**

.....
¹ Bähge, Sandra: Verändert der Faire Handel die Gesellschaft? Hrsg. CEval, Centrum für Evaluation GmbH der Universität Saarbrücken 2015

² Fairtrade erkennt an, dass einige Partnerunternehmen auch gleichzeitig Verursacher der beschriebenen Probleme sind, indem sie das Fehlen gesetzlicher Rahmen oder deren mangelnde Umsetzung ausnutzen. Eine Partnerschaft mit Fairtrade in einzelnen Lieferketten entlastet Unternehmen weder von ihrer Eigenverantwortung für alle Geschäftsbereiche, noch kann sie genutzt werden zur Verhinderung von notwendigen Verbesserungen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen.

³ Siehe The International Fair Trade Charter <https://www.fair-trade.website/the-charter-1> abgerufen 22.03.2021.

⁴ Als planetare Grenzen (englisch: planetary boundaries) werden die ökologischen Grenzen der Erde bezeichnet, deren Überschreitung die Stabilität des Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet. Vgl. Kate Raworth, Die Donut-Ökonomie, 2018

II. Was Fairtrade fordert

1. Leitsätze

(1) Menschenrechte müssen weltweit verwirklicht werden

Fairtrade-Ansatz und -Standards basieren von Beginn an auf den Menschenrechten.⁵ Fairtrade bekennt sich zu den Menschenrechten⁶ und hat klare Forderungen zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten⁷, die kontinuierlich konkretisiert werden. Ausgehend von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen (ICCPR, „UN-Zivilpakt“) sowie über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (ICESCR, „UN-Sozialpakt“) begrüßt Fairtrade die Weiterentwicklung der anerkannten Menschenrechte durch die Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW, „Frauenkonvention“), das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC, „UN-Kinderrechtskonvention“) und besonders der Deklaration zum Schutz der Rechte von Bauernfamilien und anderen Menschen, die auf dem Land arbeiten (UNDROP)⁸, für deren Ratifizierung sich Fairtrade Deutschland eingesetzt hat und deren Umsetzung Fairtrade Deutschland im Rahmen seines Engagements zur Stärkung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen weiter begleiten wird. Da das besondere Augenmerk von Fairtrade auf der Sicherung **existenzsichernder Löhne und Einkommen** liegt, tritt Fairtrade dafür ein, diese nicht nur **als ein Menschenrecht an sich anzuerkennen, sondern auch deren derzeit faktische Bedeutung in vielen Teilen der Welt sowohl als eine grundlegende Voraussetzung als auch als Instrument zur Verwirklichung anderer Menschenrechte und vieler der SDGs zu würdigen**.

Fairtrade fordert, dass Staaten und Wirtschaftsunternehmen nicht nur ihre Pflicht umsetzen, Menschenrechte zu schützen bzw. zu achten, sondern verlangt, dass Handel und Wirtschaft aktiv zur Verwirklichung aller Menschenrechte beitragen, unter besonderer Beachtung der Rechte von Kindern und der Geschlechtergerechtigkeit. Arbeiter*innenrechte, wie die vollständige Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen und die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung, sind Aspekte, die Fairtrade als ein menschenrechtsbasierter Ansatz durch die Standards und weiterführende Projekte fördert.

Damit auch die Menschenrechte zukünftiger Generationen gesichert sind, plädiert Fairtrade Deutschland für Handels- und Wirtschaftspraktiken, welche die natürlichen Ressourcen schonen. Besonders hervorzuheben sind der Kampf gegen die Klimakrise und der Erhalt der Biodiversität. Beide schränken immer dramatischer die landwirtschaftliche Produktion und damit die Existenzgrundlage vieler Kleinbauernfamilien und Arbeiter*innen weltweit ein.

(2) „Nachhaltigkeit“ muss immer auch Fairness beinhalten

Durch die Unterzeichnung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) haben sich fast alle Staaten zur Förderung der Nachhaltigkeit verpflichtet. Nachhaltig können Lieferketten nach Überzeugung von Fairtrade jedoch erst dann sein, wenn eine faire Verteilung von Gewinnen und Risiken entlang der Wertschöpfungs- und Handelsketten sichergestellt ist. Erst dies ermöglicht vor Ort die Umsetzung und den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt sowie von Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung. Daher ist es **unumgänglich, Nachhaltigkeit grundsätzlich in ökologischen, sozialen und ökonomischen sowie kulturellen Dimensionen zu betrachten** und von allen Lieferkettenpartnern Transparenz und Rechenschaft über ihr Handeln zu verlangen. Hierzu ist es nötig, auch die Rahmenwerke des globalen Handels zu betrachten, wie beispielsweise bilaterale Handelsabkommen. Politische Rahmenbedingungen müssen in den Importländern ebenso wie in den Exportländern die Einhaltung von Fair-Handels-Grundsätzen sicherstellen und die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz erwirken. Steuergesetzgebung, Wettbewerbsrecht und viele weitere Rechtsbereiche müssen zukünftig **Nachhaltigkeit zielgerichtet fordern und fördern, sowie unfaire Handelspraktiken unterbinden. Fairness gegenüber Mensch und Umwelt entlang der gesamten Lieferkette muss in allen Politikbereichen mitgedacht werden!**

⁵ Q&A Fairtrade und Menschenrechte: https://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/DE/mediathek/pdf/fairtrade_factsheet_qa_fairtrade_und_menschenrechte_final.pdf, abgerufen 22.03.2021

⁶ https://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/DE/mediathek/pdf/Fairtrade-Human-Rights-Commitment_Deutsch.pdf abgerufen 22.03.2021

⁷ https://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/DE/mediathek/pdf/Fairtrade-Human-Rights-Due-Diligence-Vision-September2020_Deutsch.pdf, abgerufen 22.03.2021

⁸ <https://www.geneva-academy.ch/joomlatools-files/docman-files/The%20Implementation%20of%20the%20UN%20Declaration%20on%20the%20Rights%20of%20Peasants%20and%20Other%20People%20w.pdf>, abgerufen 22.03.2021

(3) Wahre Kosten müssen eingepreist werden

Fairtrade tritt ein für ein Verständnis in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, dass der Preis eines Produktes nicht nur seine sensorischen und produktspezifischen Qualitäten, sondern auch die Nachhaltigkeit der Herstellungsbedingungen einschließlich existenzsichernder Löhne und Einkommen von Produzent*innen entlang der Lieferketten widerspiegeln muss. Derzeit werden die externen Kosten einer nicht nachhaltigen Produktionsweise auf Mensch und Umwelt abgewälzt und erscheinen fast nirgends auf dem Preisschild der Produkte im Laden. Das führt zu einem Wettbewerb darum, wer Mensch und Umwelt am effektivsten ausbeuten und die finanzielle Verantwortung am besten umgehen kann.

Wettbewerb kann jedoch erst fair sein, wenn er auf Grundlage der „wahren Kosten“ geführt wird. Fairtrade-Mindestpreise sind ein konkreter Ansatz hin zu einer Abbildung der Kosten einer nachhaltigen Produktion, welche in die Preisfindung miteinzubeziehen sind. Darüber hinaus verfolgt Fairtrade eine Strategie für existenzsichernde Einkommen⁹ und treibt als Mitglied der *Living Wage Coalition* für existenzsichernde Löhne und vielfältiger Allianzen für existenzsichernde Einkommen das Thema weiter voran. Es ist dringend notwendig, dass das Steuer- und Finanzsystem sich an solchen Nachhaltigkeitsaspekten orientiert, z.B. durch die Anpassung von Berechnungen (Lebenszyklusberechnungen) oder **Besteuern, die nachhaltigen Konsum und Produktion fördern**. Auch muss der Staat hier Zeichen setzen und mit gutem Beispiel vorangehen, z.B. durch **verbindliche Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung**.

2. Konkrete Forderungen mit Bezug auf die globalen Nachhaltigkeitsziele/SDGs:

Im Folgenden stellt Fairtrade Deutschland seine konkreten politischen Forderungen zu den für den fairen Handel relevantesten SDGs dar. Der Fokus von Fairtrade liegt auf einer gerechten Handelspolitik, welche sich besonders im Sinne der wirtschaftlich benachteiligten Menschen des globalen Südens ausrichtet (pro-poor Ansatz) und dabei insbesondere Kleinbauernfamilien und Arbeitnehmer*innen bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützt.

Dort wo es nötig ist, spricht sich Fairtrade klar für Regulierung aus und fordert generell gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln. Als Querschnittsforderungen für alle Themen ruft Fairtrade daher dazu auf,

- a) alles Regierungshandeln kohärent an nachhaltigen Entwicklungszielen auszurichten,
- b) die Folgen, gerade auf die ökonomisch schwächsten Menschen sowie auf Klima und Umwelt im Vorfeld von Maßnahmen zu analysieren und diesbezügliche Risiken zu mindern.

Armutsbekämpfung (SDG 1)

Extreme soziale Ungleichheit und mangelnder Zugang zu Ressourcen (wie beispielsweise Bildung, Land oder Investitionskapital) sind Hauptfaktoren für Armut. Um Armut zu bekämpfen tritt Fairtrade dafür ein, dass alle Formen des Handels fair und alle Formen der Landwirtschaft nachhaltig werden, denn nur so kann auch für künftige Generationen Armut verhindert werden. Der spezielle Fokus von Fairtrade liegt dabei aber auf den Kleinbauernfamilien und Arbeiter*innen im globalen Süden, die unverschuldet in eine Situation geraten sind, in denen sie unfaire Handelskonditionen oder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse eingehen müssen. Wegen historisch gewachsener Produktions- und Handelsstrukturen müssen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen häufig zu schlechten Bedingungen verkaufen – oder gar nicht, wenn sie keine Abnehmer für ihre Ware finden – und Arbeiter*innen müssen unterbezahlte Jobs annehmen oder migrieren. Mangelnde Ressourcen verhindern Investitionen in Diversifizierung oder Produktionsverbesserungen, die neue Perspektiven in der Region schaffen könnten. Der Klimawandel, zu dem sie selbst am wenigsten beigetragen haben, verschärft sich zu Krisen vor Ort, denn die Produzent*innen sind vielfach nicht ausreichend gewappnet für die sich dramatisch verschlechternden Anbaubedingungen und können sich nur schwer anpassen.

⁹ <https://www.fairtrade.net/issue/living-income>, abgerufen 22.03.2021

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung:

- Instrumente müssen entwickelt werden, um jegliche Gesetzes-/Regulierungs- und Subventionsentscheidungen auf ihre menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Folgen auch in Bezug auf Drittstaaten und ihre Kohärenz mit den Globalen Nachhaltigkeitszielen zu überprüfen und ggf. zurückzuweisen. Alle Entscheidungen müssen sowohl einen armutsreduzierenden Ansatz verfolgen als auch der Klimaverträglichkeit dienen.
- Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss dies dahingehend gezielt und nachdrücklich verfolgen und gegebenenfalls um eine menschenrechtliche, soziale und ökologische Folgenprüfung erweitert werden.

Fairtrade Deutschland fordert von den Ministerien:

- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) muss sich gemeinsam mit anderen Fachministerien innerhalb der Bundesregierung – namentlich die Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltressorts – dafür einsetzen, dass Maßnahmen zur Förderung gerechter Handelsstrukturen sowie sozialer Sicherheit von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und Arbeiter*innen in Ländern des globalen Südens ausgebaut werden.

Hunger bekämpfen durch eine nachhaltige Landwirtschaft (SDG 2)

Kleinbauern und Kleinbäuerinnen erzeugen circa 70 Prozent der Nahrungsmittelproduktion in den Ländern des globalen Südens.¹⁰ Sie produzieren Lebensmittel unter immer schwierigeren Bedingungen, sind betroffen von den Auswirkungen des Klimawandels¹¹, eingeschränktem Zugang zu Landflächen sowie der politischen Benachteiligung gegenüber Agrar-Großbetrieben¹² so wie teilweise auch durch die aktuelle staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Sie leiden außerdem unter extremen, oft spekulationsbedingten Preisschwankungen für ihre Erzeugnisse, die einer der Gründe dafür sind, dass der konventionelle Handel ihnen keine nachhaltige Lebensgrundlage sichert. Dabei ist es überlebensnotwendig, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit einem stabilen Einkommen rechnen können, um in ihre Betriebe zu investieren und langfristige Ernährungssouveränität für ihre Familien und Dörfer, aber auch für die Gesamtbevölkerung im ländlichen Raum zu erreichen. Unter den richtigen Voraussetzungen und nachhaltiger Anwendung kann laut FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)¹³ die kleinbäuerliche Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Hungerbekämpfung weltweit leisten. Auch aus diesen Gründen fordert die UNDROP den besonderen Schutz von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern weltweit.

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung und der EU:

- Landwirtschaft muss global und in allen Dimensionen der Nachhaltigkeit gedacht werden – auf Basis der wahren Kosten, innerhalb planetarer Grenzen und mit besonderer Rücksicht auf vulnerable Gruppen.
 - Das Konzept der Agrarökologie sollte dabei stärker unterstützt werden.
- Auf dem Weg dahin muss fair, d.h. insbesondere diskriminierungsfrei bezüglich der kleinbäuerlichen Landwirtschaft agiert werden. Das bedeutet, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern
 - dort geschützt werden müssen, wo andere ihre Macht oder Strukturvorteile missbrauchen,
 - dort gefördert und unterstützt werden müssen, wo diese Form des Anbaus sinnvoll ist und
 - dort entschädigt und ihnen Anpassungsmaßnahmen angeboten werden, wo Schutz und Förderung nicht mehr möglich sind.
- Ziel der ordnungspolitischen Rahmensetzung und der Nutzung marktwirtschaftlicher Kräfte muss sein, dass für Kleinbauernfamilien existenzsichernde Einkommen und stabile Preise und für alle Arbeiter*innen in landwirtschaftlichen Lieferketten existenzsichernder Löhne ermöglicht werden.
 - Die EU und die Bundesregierung sollen dies auch in ihrem Einfluss auf die Partnerregierungen im Süden geltend machen und sie bei diesem Prozess unterstützen.
- In der Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, (Land-)Wirtschafts- und Handelspolitik muss die besondere

¹⁰ <http://www.welthungerhilfe.de/kleinbauern.html>, abgerufen 22.03.2021

¹¹ Mehr dazu unter <https://www.fairtrade-deutschland.de/was-ist-fairtrade/arbeitschwerpunkte/klimawandel.html>, abgerufen 22.03.2021

¹² Kleinbauernkooperativen z.B. werden in vielen Ländern per se nicht als kreditwürdig angesehen, was Entwicklungsmöglichkeiten stark einschränkt

¹³ International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD): Synthesis Report with Executive Summary: A Synthesis of the Global and Sub-Global IAASTD Reports 2009 im Verlag Island Press, Washington D. C.; <http://www.weltagrabericht.de/fileadmin/files/weltagrabericht/IAASTDBerichte/IAASTDSyntheseDeutsch.pdf>, abgerufen 22.03.2021

Rolle und Lage der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den Ländern des Südens Beachtung finden und die Stimme der Produzent*innen durch strukturelle Repräsentation Gehör finden.

Ausbau von Bildung und Weiterbildung für nachhaltige Entwicklung (SDG 4)

Fairtrade Deutschland begrüßt die Weiterführung des verabschiedeten Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) (2015-2019) in das Programm der UNESCO "ESD for 2030"¹⁴ und schreibt diesem eine entscheidende Rolle bei der Erreichung des SDG 4 zu, im Speziellen SDG 4.7.¹⁵

Bildung als Schlüsselement für nachhaltige Entwicklung sollte auch in der Südförderung stärker unterstützt werden. Bildung erzielt langfristige positive Wirkung und sollte als Bildungs“investition“ verstanden werden.

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung und den Landesregierungen:

- BNE muss dauerhaft und strukturell in allen schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen und unter Einbezug der Zivilgesellschaft verankert werden.
 - Bedarfsgerechte Förderungen sind so aufzulegen, dass sie auch für ausreichende Ressourcenausstattung auf kommunaler Ebene sorgen und zivilgesellschaftlich getragene Initiativen abdecken.
 - Junge Menschen dürfen dabei nicht nur als Bildungsempfänger gesehen werden, sondern müssen als aktive Akteure der sozial-ökologischen Transformation befähigt werden, zu deren Gestaltung Kompetenzen zu BNE und transformativem Handeln zu erlangen und umzusetzen.
- Schulen, Universitäten sowie weitere schulische und außerschulische Bildungsprojekte /-Akteure /-Räume / -Einrichtungen müssen dabei unterstützt werden, sich als qualitativ hochwertige Bildungsstandorte in Bezug auf BNE zu positionieren und einen ganzheitlichen Ansatz von BNE umzusetzen.
- Weiterbetrieb und Ausweitung der Kampagnen Fairtrade-Schools, Fairtrade-Universities sowie weiterer Nachhaltigkeitskampagnen im Bildungs- und Jugendsektor, wie z.B. die „FairActivists“, müssen weiter gefördert werden.
- Rassismus spielte eine große Rolle in der Geschichte des Kolonialismus und bei der Entwicklung der heutigen globalen Handelsstrukturen. Daher muss die Bekämpfung von Rassismus im BNE-Kanon gestärkt werden.

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung und der EU:

- Die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit muss Bildungsförderung stärken. Dazu zählt:
 - Berufliche Bildung sowohl für gute landwirtschaftliche Praxis wie auch für Einkommensalternativen vor Ort,
 - Berufsbildungsprogramme der Bundesregierung und agierender Ministerien (BMZ, BMEL, BMAS, ...) speziell auf abgelegene ländliche Räume auszurichten und auszustatten und dabei
 - die kleinbäuerliche Zielgruppe einzubeziehen, um Bleibeperspektiven für junge Menschen zu schaffen,
 - Regierungen vor Ort bei der Weiterentwicklung ihrer Bildungspolitik zu unterstützen.

Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5)

Geschlechtergerechtigkeit zu fördern ist eines der erklärten Ziele von Fairtrade. Frauen spielen weltweit eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Armut und Hunger. Nach Untersuchungen der FAO hat die (Aus-)Bildung von Frauen und Mädchen direkten Einfluss auf die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen. Fairtrade-Standards und -Projekte beinhalten konkrete Maßnahmen zur Stärkung von Frauen und Mädchen sowie zur Verbesserung ihrer Teilhabe an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen und -positionen, zur Bekämpfung von Diskriminierung und geschlechtsbasierter Gewalt. Die Erfahrungen aus der

.....

¹⁴ <https://www.unesco.de/bildung/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung/unesco-programm-bne-2030>. Abgerufen 22.03.2021

¹⁵ Laut Unterziel 4.7 soll bis 2030 sichergestellt sein, „dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung“ (Protokoll der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 70. Tagung, Tagesordnungspunkte 15 und 116, vom 18. September 2015; <http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-11.pdf>. Abgerufen 22.03.2021

Praxis zeigen die erfolgreiche Wirkung der verschiedenen Ansätze¹⁶, jedoch auch die vielfältigen Hindernisse bei der Umsetzung vor Ort. Kein Recht auf Landbesitz und keine Vertragsfähigkeit, mangelnde Anerkennung der Kreditwürdigkeit, mangelnder Zugang zu Informationen und Betriebsmitteln, mangelnde Umsetzung und unzureichender Schutz von Frauenrechten in nationalen und traditionellen Rechtssystemen sind Herausforderungen, die politisches Handeln notwendig machen.¹⁷

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung:

- Geschlechtergerechtigkeit ist ein Grundsatz deutscher Entwicklungspolitik. Dementsprechend muss die Bundesregierung ihre Möglichkeiten auch auf internationaler Ebene aktiv nutzen, Frauenrechte und Gleichberechtigung voranzutreiben.
- In Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, Handels- und Außenpolitik müssen geschlechtergerechte Ansätze stärker verfolgt, geschlechtsspezifische Diskriminierung entgegengewirkt und Frauenrechte und -teilhabe aktiv gefördert werden. Dies umfasst z.B. eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik einschließlich entsprechender Finanzierung und Gender-Budgeting.
- Im politischen Dialog mit Partnerländern muss sich die Bundesregierung noch stärker für die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und darauf hinwirken, Gender-Mainstreaming als Leitprinzip einzuführen. Verpflichtungen, die sich aus internationalen Vereinbarungen, wie etwa aus der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, dem Kairoer Aktionsprogramm, der Pekinger Aktionsplattform, der aus der UN-Resolution 1325 ins Leben gerufenen Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“, die Istanbul-Konvention¹⁸ und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, CEDAW (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women*), müssen erfüllt werden, bzw. muss die Bundesregierung selbst entsprechende internationale Abkommen ratifizieren (ILO Convention 190 gegen Gewalt und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz).

Fairtrade Deutschland fordert von der EU:

- Folgenabschätzungen von neuen Handelsabkommen oder -regularien müssen die Auswirkungen auf die Situation von Frauen gezielt einbeziehen. Dies betrifft u.a. die Verabschiedung geschlechtergerechter Richtlinien und Gesetze zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeitsbedingungen (SDG 8)

Nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftswachstum, von dem breite Bevölkerungsschichten profitieren, lässt sich nur erreichen, wenn das Recht auf Arbeitsplatzsicherheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für alle Arbeitskräfte weltweit erfüllt ist, wenn Menschen eine existenzsichernde Bezahlung für ihre Produkte¹⁹ und/oder einen existenzsichernden Lohn²⁰ für ihre Arbeit erhalten, mit dem sie nicht nur überleben, sondern sich entwickeln können, und wodurch ausbeuterische Kinderarbeit²¹ und Zwangsarbeit die Grundlage entzogen würde. Eine besondere Rolle kommt hier der unternehmerischen Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und Umwelt (Human Rights and Environmental Due Diligence, HREDD) zu, die weltweit gemäß der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und der dazu entwickelten OECD-Leitprinzipien in ambitionierten und geschlechtergerechten Gesetzen verbindlich gemacht werden muss. Während die Sorgfaltspflicht stets bei den Unternehmen bleibt, sollte der Beitrag anerkannt werden, den Fairtrade als praktisches und bewährtes Umsetzungsinstrument leistet und von dessen bisherigen Erfahrungen gelernt werden kann.²² Die bloße Beteiligung an sektoralen Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAPs) zur Förderung der Nachhaltigkeit hingegen darf kein Ersatz für konkrete Maßnahmen sein.

¹⁶ <https://files.fairtrade.net/publications/2020-womens-access-equity-and-empowerment-study.pdf>. Abgerufen 22.03.2021

¹⁷ Fairtrade International, Gender, <http://www.fairtrade.net/programmes/gender.html>. Abgerufen 22.03.2021

¹⁸ <https://www.unwomen.de/informieren/internationale-vereinbarungen/die-istanbulkonvention.html>. Abgerufen 22.03.2021

¹⁹ Mehr dazu unter <https://www.fairtrade-deutschland.de/was-ist-fairtrade/arbeitsschwerpunkte/existenzsichernde-einkommen-und-loehne>, Abgerufen 07.05.2021

²⁰ Mehr dazu unter <https://www.fairtrade-deutschland.de/was-ist-fairtrade/arbeitsschwerpunkte/arbeiterrechte.html>, Abgerufen 22.03.2021

²¹ Mehr dazu unter <https://www.fairtrade-deutschland.de/was-ist-fairtrade/arbeitsschwerpunkte/kinderrechte.html>. Abgerufen 22.03.2021

²² Mehr dazu unter <https://www.fairtrade-deutschland.de/was-ist-fairtrade/arbeitsschwerpunkte/unternehmerische-sorgfaltspflicht-fuer-menschenrechte-und-umwelt>, Abgerufen 07.05.2021

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung:

- Das Lieferkettengesetz in Deutschland ist ein Anfang, bedarf aber der Nachbesserung. Die Bundesregierung muss für einen wirksamen Schutz von Menschenrechten und Umwelt das Gesetz sowohl um die Aspekte Handelsbedingungen sowie Einkommens- und Lohnaspekte weiterentwickeln als auch den Prozess zur EU-Richtlinie als Vorreiter vorantreiben.

Fairtrade Deutschland fordert von der EU:

- Die EU muss eine ambitionierte HREDD-Richtlinie erlassen als Grundlage für anspruchsvolle und wirkungsvolle nationale Gesetze der Mitgliedsstaaten, damit der gesamte EU-Binnenmarkt seine Hebelwirkung global entfalten kann.

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung und der EU:

- Gemeinsamer starker Einsatz für ein verbindliches Abkommen zu HREDD auf UN-Ebene,²³
- Einführung einer verbindlichen Berichtspflicht zur Nachhaltigkeit in Unternehmen.
- Verbindliche internationale Vorgaben zum Schutz von Mensch (z.B. die ILO-Kernarbeitsnormen) und Umwelt in globalen Lieferketten müssen durchgesetzt werden, insbesondere der Schutz vor Ausbeutung von Kindern, Frauen und verletzlichen Gruppen wie Saison- und Wanderarbeiter*innen.
- Die Entwicklungspolitik muss den Zugang zu Vorfinanzierung, landwirtschaftlichen Krediten und relevanten Versicherungen für kleinbäuerliche Produzentenorganisationen (z.B. Ernteausfallversicherungen, Anpassung an den Klimawandel) in Ländern des Südens verbessern. Bundesregierung und EU müssen den Finanzsektor und Unternehmen veranlassen, dies ebenfalls zu tun.
- Der Schutz von Kindern vor ausbeuterischer Kinderarbeit und die Umsetzung der entsprechenden ILO-Kernarbeitsnormen (ILO, International Labour Organization: Internationale Arbeitsorganisation der UN) durch die Etablierung partizipativer Prozesse zur Risikoanalyse und Prävention sowie kinderfreundlicher Beschwerdemechanismen müssen weltweit gefördert werden.
- Zum besseren Schutz von Beschäftigten im Transportwesen entlang der gesamten Lieferkette, insbesondere im Schiffstransport, müssen die Unterorganisationen der UNO wie die *International Maritime Organisation* sowie die weltweiten Gewerkschaftsdachverbände stärker unterstützt werden, damit weltweit gültige Tarifverträge etabliert und geachtet werden.

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12)

Fairtrade setzt sich dafür ein, dass die globale Wirtschaft, aufgeteilt in Produktion, Handel und Konsum, ihren maximalen Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele leistet. Derzeit tragen die Konsum- und Produktionsmuster meist nicht zur Erreichung oder Ermöglichung von Menschenrechten bei und leisten zudem Klimaveränderungen Vorschub. Diese werden absehbar zu katastrophalen Folgen gerade für die Menschen im globalen Süden führen, besonders wenn sie durch das Übertreten von „tipping points“ unumkehrbar werden. Ein Umsteuern auf Basis der allgemeinen Menschenrechte sowie internationaler Menschenrechts- und Umweltkonventionen, die soziale, ökologische, ökonomische und kulturelle Kriterien umfassen, ist daher nötig. Die einzelnen Maßnahmen sind fallabhängig zu prüfen, müssen aber immer global, holistisch und mit Blick auf vulnerable Gruppen wie Kleinbauernfamilien und Arbeiter*innen im globalen Süden betrachtet werden.

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung und der EU:

- Nachhaltigkeit muss das Leitprinzip der Wirtschafts- und Handelspolitik werden
 - Soziale, umwelt- und klimafreundlichere Produktionsmodelle müssen gezielt gefördert werden. Wo dies machbar und sinnvoll ist, müssen besonders folgende landwirtschaftliche Ansätze in den Ländern des globalen Südens gefördert werden:
 - kleinbäuerliche Produktionsformen,
 - ökologischer Landbau,
 - Agrarökologie.
 - Der Erhalt der Arten- und Sortenvielfalt muss gewährleistet werden.

²³ <https://www.business-humanrights.org/en/big-issues/binding-treaty> . Abgerufen 22.03.2021

- Diese Prinzipien müssen integraler Bestandteil internationaler Handelsabkommen und anderen Policies (EU Farm to Fork Strategy, EU Green Deal) werden.
- Auch die Agrarpolitik im Inland/der EU muss nachhaltig werden und darf nicht kleinbäuerliche, lokale und standortgerechte Agrarproduktion in den Ländern des Südens durch subventionierte Produktion und Exporte gefährden.
- Maßnahmen müssen ergriffen werden, um unfaire Machtverhältnisse in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten, in Textillieferketten und dem Handel mit Mineralien und Edelmetallen zu beenden.²⁴
- Es muss sichergestellt werden, dass die Preise von Konsumgütern mindestens die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten entlang der Lieferketten decken:
 - Mechanismen müssen geschaffen werden, durch die die tatsächlichen ökologischen und sozialen Kosten der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion im Agrarbereich („true costs“/ „wahre Preise“) in Produktpreisen enthalten sind.²⁵
 - Sozial- und Umweltdumping muss verhindert werden.
- Steuersysteme müssen zur Förderung von SDG12 nachhaltig gestaltet werden, z.B. durch
 - die Einführung einer ökologisch und sozial orientierten Mehrwertsteuer,
 - geringere Zoll- und Steuersätze für nachhaltig zertifizierte Konsumgüter,
 - die Kaffeesteuer für nachhaltig produzierten und fair gehandelten Kaffee muss abgeschafft werden,²⁶
 - einen geringeren Unternehmenssteuersatz für nachhaltige Unternehmen.
 - Im Gegenzug müssen sozial- und umweltschädliche Wirtschaftspraktiken (die allerdings innerhalb des Rahmens strikter unternehmerische Sorgfaltspflichten für Menschen- und Umweltrechte verbleiben müssen) höher besteuert werden,
 - insbesondere muss ein Preis für CO₂-Emissionen festgelegt werden, der für eine spürbare Lenkungswirkung in Richtung dekarbonisierter Wirtschaftsmodelle sorgt.
- Die öffentliche Hand muss ihre Vorbildfunktion und ihre Kaufkraft für nachhaltigen Konsum wahrnehmen:
 - Die mit der EU-Richtlinie 2014/24/EU ermöglichten Spielräume zur Förderung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung müssen auf Mitgliedsstaats-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene verbindlich gemacht und konsequent weiterentwickelt werden.
 - Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss Kriterien hierfür einführen und eine verbindliche Umsetzung sicherstellen.
- Öffentlichkeitsarbeit zur Bewusstseinsbildung für nachhaltigen Konsum/Produktion muss gefördert werden:
 - Bestehende Initiativen und Kampagnen (z.B. Weltläden, Eine-Welt-Landesnetzwerke und Kampagnen von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu fairem Handel ebenso wie Fairtrade-Towns, Fairtrade-Schools, Fairtrade-Universities und FairActivists) und Projekte, die über Aktivitäten Menschen in Städten und Gemeinden, an Schulen und Universitäten im Hinblick darauf mobilisieren, müssen gefördert werden.
- Geeignete Mittel müssen ergriffen werden, um Ressourcen- und Lebensmittelverschwendung zu beenden, z.B.
 - durch hard law wie in Frankreich²⁷ oder
 - soft law, wie die Förderung von bewussterem Umgang mit und Konsum von Lebensmitteln.

Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13)

Der Klimawandel ist zu einer massiven Bedrohung kleinbäuerlicher Lebens- und Anbauweisen sowie generell der

²⁴ Bureau d'Analyse Sociétal pour une Information Citoyen, BASIC: Wer hat die Macht? Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Lieferketten. Dt. Übersetzung der vollständigen Studie, herausgegeben von Forum Fairer Handel e.V., GEPA – The Fair Trade Company GmbH, MISEREOR e.V., TransFair e.V./Fairtrade Deutschland und dem Weltladen-Dachverband e.V. 2015.

²⁵ Volkert Engelsman, Bernward Geier (Hrsg.): Die Preise lügen. Warum uns billige Lebensmittel teuer zu stehen kommen. ISBN 978-3-96238-006-9, Oekom Verlag, München 2018

²⁶ Siehe dazu <https://www.fairtrade-deutschland.de/service/ueber-transfair-ev/was-wir-tun/advocacy-arbeit-kooperationen/debatte-zur-kaffeesteuer> Abgerufen 07.05.2021

²⁷ Siehe dazu <https://www.bundestag.de/resource/blob/568808/21ec9f0fbd1bce3c48c063f24498428e/wd-5-095-18-pdf-data.pdf> Abgerufen 07.05.2021

landwirtschaftlichen Produktion in vielen Weltregionen geworden. An Anzahl, Frequenz und Intensität zunehmende katastrophale Wetterphänomene und veränderte klimatische Anbaubedingungen erfordern Anpassungsmaßnahmen und teilweise die vollständige Umstellung von Produkten oder Verlagerung der Produktion in andere Regionen, die von Kleinbauerngemeinschaften allein kaum zu leisten sind. Gleichzeitig zeigen Studien, dass unter den passenden Bedingungen und mit den richtigen methodischen Ansätzen die kleinbäuerliche Landwirtschaft die Form der Landwirtschaft mit dem geringsten eigenen Beitrag zum Klimawandel sein kann. Wie das jüngste Urteil des Bundesgerichtshofs zu der von Jugendbewegungen unterstützten Klage²⁸ bestätigt, ist die Lastenverteilung bei der Bekämpfung des Klimawandels auch eine grundlegende Frage der Fairness zwischen den Generationen und unterstreicht die „Besitzansprüche zukünftiger Generationen an die Zukunft“.

Fairtrade Deutschland fordert von Bundesregierung und EU:

- Ausgehend vom Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 müssen Anpassungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen in der landwirtschaftlichen Produktion besonders in ländlichen Räumen und bei kleinbäuerlichen Strukturen im globalen Süden gezielt unterstützt werden.
 - Bestehende Projekte der Ministerien (BMZ, BMEL) im ländlichen Raum sind entsprechend anzupassen.
- Praktiken, die Biodiversität fördern, sowie nachhaltige landwirtschaftliche Produktionsformen sind in den Ländern des globalen Südens gezielt zu fördern. Dies dient sowohl dem Schutz und der Stärkung der landwirtschaftlichen Sortenvielfalt als auch dem Schutz der Menschen vor weiteren zoonotischen Pandemien, wie durch das Corona-Virus.
- Klimarelevante Emissionen entlang von Lieferketten müssen verringert werden, z.B. mit folgenden Maßnahmen:
 - CO₂-Steuer oder -Abgabe zur Förderung eines umweltfreundlicheren Transportes sind einzuführen.
 - Rechtsrahmen müssen erlassen werden, die dazu verpflichten, die verbleibenden transportbedingten CO₂-Emissionen entlang von Lieferketten durch kostenpflichtige Kompensation klimaneutral auszugleichen²⁹ (offsetting), bevorzugt durch Maßnahmen innerhalb von Lieferketten (insetting).
 - Bei der Einführung von *Carbon Border Adjustment-Systems* ist auf entwicklungspolitische Effekte zu achten und Lösungswege für benachteiligte Kleinproduzent*innen zu erarbeiten.
 - Niedrige Mehrwertsteuersätze für nachhaltige oder klimaneutrale Produkte und Dienstleistungen sind einzuführen.
- Länder des Südens müssen bei ihren Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen unterstützt werden, z.B. auch durch Handel mit Klimaschutztechnologien.

Allgemeine Ausrichtung an Nachhaltigkeitszielen, gemeinsames Handeln und Politik-Kohärenz (SDG 17)

Fairtrade Deutschland begrüßt insbesondere die übergreifenden Forderungen in den Zielen 17.10: Die Förderung eines universellen, regel-basierten, offenen, nicht-diskriminierenden, gerechten multilateralen Handelssystems³⁰ und 17.14: Die Politikkohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung verbessern.³¹ Fairtrade Deutschland ist überzeugt: Die globalen Nachhaltigkeitsziele müssen zum zentralen Leitbild einer eng zusammenstehenden Europäischen Union werden und damit eine neue gemeinsame Vision für die Zukunft schaffen.

Fairtrade Deutschland fordert von der Bundesregierung und der EU:

- Multilaterale Gremien wie die WTO und die Umsetzung internationaler Abkommen, wie die der ILO, sind zu unterstützen.
- Handelsabkommen müssen sozial und ökologisch tragfähige Wirtschaftsmodelle fördern und die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards garantieren.

²⁸ https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html Abgerufen 07.05.2021

²⁹ Carbon Market Watch, Sailing towards a global Carbon Price in the Maritime Industry? Position Paper, March 2021, <https://carbonmarketwatch.org/publications/sailing-towards-a-global-carbon-price-in-the-maritime-industry/>. Abgerufen 23.03.2021

³⁰ <https://indicators.report/targets/17-10/>, <https://indicators.report/targets/17-14/>. Abgerufen 22.03.2021

³¹ <https://sdgs.un.org/goals>. Abgerufen 22.03.2021

- Die Ausgestaltung muss sicherstellen, dass z.B. Marktöffnungen nicht zu Lasten der regionalen Wirtschaftsstrukturen, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und Arbeiter*innen in Ländern des globalen Südens gehen.
- Die EU-Agrarsubventionspolitik muss mit den Nachhaltigkeitszielen und einem fairen internationalen Handel in Einklang gebracht werden.
- Zusätzliche Maßnahmen zur Förderung von existenzsichernden Löhnen und Einkommen sind zu prüfen.
- Wettbewerbsrecht ist mit Nachhaltigkeitszielen in Einklang zu bringen:
 - Produzenten im Süden, zukünftige Generationen und die Umwelt müssen neben dem Konsumentenwohl abgewogen werden.
 - Diskussionen über Preise und gemeinsame Initiativen sektoraler Multi-Akteurs-Partnerschaften zur Zahlung von existenzsichernden Löhnen und Einkommen müssen vom Kartellrecht unter engen Auflagen ausgenommen werden.³²
- Unlautere Handelspraktiken innerhalb der EU und durch hier ansässige Unternehmen weltweit sind zu unterbinden und fairer Handel ist zu fördern³³. Die bestehenden Richtlinien und Gesetze müssen
 - um das Verbot vom Verkauf unterhalb der wahren Produktionskosten – unter Einbeziehung existenzsichernder Löhne und Einkommen – erweitert werden,
 - auch auf den Non-Food-Sektor ausgeweitet werden,
 - durch die Unterstützung für Produzent*innen und Kooperationen mit Südregerungen effektiv zugänglich und nutzbar gemacht werden.
- Politik muss im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in den EU-Mitgliedsstaaten aktiv gestaltet werden.
- Kohärenz von Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Handels- und Agrarpolitik im Sinne der globalen Entwicklungsziele muss sichergestellt werden.
- Regelmäßige unabhängige menschenrechtliche und ökologische Folgenabschätzungen jeglicher Gesetzes- und Regulierungsinitiativen sowie Subventionsentscheidungen, auch in Bezug auf Drittstaaten, müssen vorgenommen werden.

III. Wie Fairtrade seine Rolle in der politischen Arbeit versteht und umsetzt

Zur Durchsetzung der politischen Forderungen und einer Veränderung der politischen Rahmenbedingungen sind eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktivitäten notwendig, angefangen vom Einwirken auf politische Inhalte und Positionen in der Gesellschaft bis hin zur direkten Arbeit mit politischen Entscheidungsträger*innen.

Im weiteren Sinne betrachtet Fairtrade Kaufentscheidungen als politische Stimmabgabe („Politik mit dem Einkaufskorb“) – Menschen hierzulande können durch ihr Konsumverhalten Einfluss nehmen, sofern sie die Wahl zwischen konventionellen und fair gehandelten Produkten, sowie das notwendige Wissen und Bewusstsein über die Auswirkungen ihrer Entscheidungen haben. Neben der direkten Wirkung auf die Lebensbedingungen von Produzent*innen im globalen Süden tragen so alle Tätigkeitsbereiche von Fairtrade Deutschland zu den politischen Zielen bei: von der direkten Zusammenarbeit mit Unternehmen und der Vergabe des Fairtrade-Siegels für Produkte, über die Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen bis hin zur Vernetzungsarbeit mit den Mitgliedsorganisationen und weiteren Partnern. Neben der Zusammenarbeit mit Akteuren aus Wirtschaft und Politik hat sich dafür vor allem das zivilgesellschaftliche Engagement als unverzichtbar erwiesen. Über 35 Mitgliedsorganisationen aus verschiedenen Bereichen sind die Basis des Vereins und erreichen über ihre Netzwerke Millionen Bürgerinnen und Bürger. Sie tragen den Gedanken und die Bedeutung des fairen Handels und unsere Verantwortung für einen nachhaltigen Konsum in die Breite der Gesellschaft und aktivieren für eine nachhaltige Zukunft. Die Mitgliedsorganisationen unterstützen die Strategie und die politische Arbeit von Fairtrade Deutschland und stimmen eigene Kampagnen und Aktionen ggfs. darauf ab. Sie legitimieren die politische Arbeit von Fairtrade Deutschland, die somit auch das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger vertritt.

Die politische Arbeit im engeren Sinne bezieht sich auf die direkte Beeinflussung von Gesetzesvorhaben auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Fairtrade Deutschland sieht sich dabei in einer besonderen Rolle:

³² https://fairtrade-advocacy.org/wp-content/uploads/2019/04/FTAO-Briefing-note-Competition-Law-and-Sustainability_Addressing-the-Broken-Links.pdf; Abgerufen 22.03.2021

³³ Fairer Handel im Sinne der International Fair Trade Charter <https://www.fair-trade.website/the-charter-1> abgerufen 22.03.2021.

einerseits als zivilgesellschaftlicher Akteur, der Missstände aufzeigt und Verbesserungen einfordert, andererseits als konkreter Lösungsanbieter und Partner für Wirtschaftsunternehmen, die ihre Lieferketten fair gestalten wollen. Für seine politische Arbeit kooperiert Fairtrade Deutschland daher mit einer Vielzahl von Stakeholdern und versteht sich als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Inhaltlich bedeutet das, sowohl konkretes wirtschaftliches Know-how aus der Umsetzungspraxis in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einzubringen als auch die Südperspektive für die Wirtschaft verständlicher zu machen und Nachhaltigkeitsaspekte in der Wirtschaft durchzusetzen. Dabei ist Fairtrade ein lernendes System: Durch umfassende weltweite Datenerhebungs- und Analysestrukturen arbeitet Fairtrade daran, die eigene Arbeit kontinuierlich zu verbessern. Die drei folgenden Unterkapitel fassen die wichtigsten Ansätze der politischen Arbeit von Fairtrade Deutschland zusammen, die sich gegenseitig bedingen und verstärken: 1) Best Practices als Vorbild setzen, 2) Menschen zum Handeln bewegen, 3) Politik direkt beeinflussen.

Best Practices als Vorbild setzen

Durch seine konkrete und praktische Arbeit hat Fairtrade Deutschland 30 Jahre Erfahrung damit, wie und unter welchen Bedingungen fairer Handel funktioniert, welche Hürden es gibt und welche negativen Auswirkungen un-fairer Handel verursacht. Aus diesem Wissen heraus bringt Fairtrade Deutschland die eigenen Positionen erfahrungs- und faktenbasiert, konstruktiv-kritisch und lösungsorientiert in die politischen Prozesse von z.B. EU oder Bundesregierung ein.

Der Fairtrade-Ansatz, mit dem kontinuierlich und systematisch weiterentwickelten **Standard- und Zertifizierungssystem** auf Basis regelmäßiger wissenschaftlicher Überprüfungen und öffentlicher Konsultationen, hat das Potential als ein **gesellschaftliches und wirtschaftliches Innovationszentrum** zu dienen. Konstruktive und ausgewogene Kritik sowie gemeinsames Lernen sind willkommen, um zu verstehen, was am Fairtrade-Ansatz funktioniert und wo Verbesserungen und Veränderungen nötig sind. Zusätzlich zur Umsetzung der Standards sammelt Fairtrade in gemeinsamen **Projekten mit Lieferkettenpartnern** weitere Erfahrungen zu innovativen Lösungsansätzen, z.B. zur Erreichung existenzsichernder Einkommen oder zur Anpassung an den Klimawandel. Durch Fairtrade kommen auf diese Weise verschiedene Akteure zusammen, um konkrete Best Practice-Maßnahmen zu testen und umzusetzen, die in die Breite übertragbar sind. Hauptziel ist es, gemeinsam die gesamte Handelskette nachhaltiger und fairer zu gestalten. Anspruch von Fairtrade ist es dabei, „best in class“ zu sein und immer einen zusätzlichen Schritt nach vorne zu machen, wenn verbindlichen Regeln die Messlatte anheben oder der Markt in Gänze aufrückt. Dabei steht die Perspektive der Fairtrade-Produzent*innen am Anfang der Wertschöpfungsketten immer an erster Stelle und sorgt dafür, dass vermeintliche Lösungsansätze nicht zu ihren Lasten gehen. Auf diese Weise kann Fairtrade seine konkreten Erfahrungen kontinuierlich aktualisieren und in die politischen Prozesse einbringen.

Letzteres tut Fairtrade zum einen durch konkrete politische Initiativen gemeinsam mit den Fair-Handels-Pionieren und Fair-Handels-Netzwerken wie der *World Fair Trade Organisation* (WFTO) und den ebenso konkreten Erfahrungen ihrer nationalen Mitgliedsorganisationen, zum anderen durch das Engagement in verschiedenen **Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAPs)** wie dem Forum Nachhaltiger Kakao, dem Aktionsbündnis nachhaltige Bananen, dem Textilbündnis, der Initiative Nachhaltige Agrarlieferketten, oder der Partnerschaft für nachhaltigen Orangensaft, um gemeinsam mit politischen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren Verbesserungen für Kleinbauernfamilien und Arbeiter*innen in einem konkreten Sektor oder zu einem konkreten Thema zu erreichen. Die Partnerschaften stellen einen Weg dar, Erfahrungen auszutauschen und gegenseitiges Verständnis zu entwickeln, sowie mit den jeweils relevanten Akteuren auch die Möglichkeiten gesetzlicher Regulierung voranzubringen, die im Sinne eines gerechten Wettbewerbs auch von vielen Wirtschaftsunternehmen gefordert wird.

Menschen zum Handeln bewegen

Die Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit von Fairtrade Deutschland und der Fair-Handels-Bewegung als Ganzes schafft Bewusstsein für globale Zusammenhänge und gibt den Menschen, die hinter Produkten wie Kaffee oder Bananen stehen, ein Gesicht. Sie verbindet die Produzent*innen mit den Konsument*innen und zeigt, welche Auswirkungen der Konsum hierzulande auf die Produzent*innen und die Umwelt hat. Den globalen Missständen werden „Geschichten des Gelingens“ entgegengesetzt, die zeigen, was die Ermächtigung (Empowerment) von Menschen leisten, und wie der nächste Schritt zu einer faireren Welt konkret aussehen kann. Damit wird der Diskurs in der Gesellschaft über mehr Fairness verändert, der es erst ermöglicht, dass

Gesetzesinitiativen populäre Unterstützung finden können.

Durch die Fairtrade-Kampagnen wie die Fairtrade-Towns, -Schools und -Universities und deren politischen Elemente sowie durch die Unterstützung seitens der Mitgliedsorganisationen werden **Menschen als Bürger*innen aktiviert und aufgefordert, sich am politischen Prozess zu beteiligen**, z.B. durch Petitionen oder den Austausch mit politischen Entscheidungsträger*innen – von den Kommunen bis zur europäischen Ebene. Die Wirkung des fairen Handels als Katalysator für Entwicklungen zu mehr Fairness in Gesellschaft und Politik durch Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit wurde in der Studie *Verändert der Faire Handel die Gesellschaft?*³⁴ bestätigt.

Die Kampagnen sensibilisieren auch dafür, dass die Entscheidung für fair gehandelte Produkte beim täglichen Einkauf eine Abstimmung über das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist. **Der Kauf fairer Produkte ist somit auch ein Signal an die Politik, die Achtung von Menschenrechten und Umweltschutz in der Wirtschaft verbindlich zu machen.**

Politik direkt beeinflussen

Die politische Arbeit im engen Sinne trägt all diese Aspekte und weitere politische Forderungen an die politischen Entscheidungsträger*innen heran, um direkt auf die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und deren Umsetzung Einfluss zu nehmen. Auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bringt Fairtrade Deutschland in Partnerschaft mit seinen Mitgliedsorganisationen, der deutschen Fair-Handels-Bewegung, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und unseren kommerziellen Partner*innen konstruktiv-kritische Vorschläge an die Politik heran, wie Gesetze und deren Umsetzung Nachhaltigkeit fördern und ordnungspolitische Rahmenbedingungen verbessert werden können. Dies erfolgt durch Gespräche mit Abgeordneten und Behörden, Veranstaltungen und Veröffentlichungen sowie politische Elemente in Kampagnen, z.B. Petitionen.

In Kooperation mit den Fairtrade-Produzentennetzwerken, die 50% der Entscheidungsstimmen im Fairtrade-System innehaben, stellt Fairtrade Deutschland den Informations- und Ideenaustausch mit dem Süden her, um vor allem der oft vernachlässigten Perspektive von Kleinbauernfamilien und Arbeiter*innen in der Landwirtschaft Gehör zu verschaffen. Die Auswirkungen von (gut gemeinten) Gesetzen auf Produzent*innen im globalen Süden und die Schwächsten der Gesellschaft werden geprüft, um unbeabsichtigte negative Wirkungen zu vermeiden. Auf EU- und UN-Ebene arbeitet Fairtrade Deutschland mit den Kolleg*innen des internationalen Fairtrade-Systems zusammen, gegenüber EU-Kommission und EU Parlament mit dem Fair Trade Advocacy Office (FTAO) mit Sitz in Brüssel, welches von der gesamten globalen Fair-Handels-Bewegung getragen wird. Durch die Stärkung der Advocacy-Kapazitäten im Süden verfolgt Fairtrade einen Beteiligungsansatz, bei dem die Produzent*innen selbstbestimmt ihre eigenen Interessen vertreten.

.....
³⁴ Sandra Bähge, Trend- und Wirkungsstudie: *Verändert der Faire Handel die Gesellschaft?*, Saarbrücken 2016.
<http://doi.org/10.5281/zenodo.163639>

Fairtrade Deutschland wurde 1992 als „TransFair e.V.“ mit dem Ziel gegründet, benachteiligte Produzentengruppen in Entwicklungsländern zu unterstützen. Als unabhängige Organisation handelt Fairtrade Deutschland nicht selbst mit Waren, sondern setzt sich dafür ein, den Handel mit fair gehandelten Produkten und Rohstoffen zu fördern und mehr Bewusstsein für nachhaltigen Konsum zu erreichen. www.fairtrade-deutschland.de

Fairtrade Deutschland gehört zum internationalen Verbund **Fairtrade International**, einem gemeinnützigen Verein, in dem Fairtrade-Organisationen aus 25 Ländern und die drei kontinentalen Produzentennetzwerke zusammengeschlossen sind. Fairtrade International entwickelt die international gültigen Fairtrade-Standards. www.fairtrade.net

Alle beteiligten Akteure entlang der Lieferkette werden regelmäßig von **FLOCERT GmbH** kontrolliert. Die Gesellschaft arbeitet mit einem unabhängigen und weltweit konsistenten Zertifizierungssystem nach den Anforderungen der Akkreditierungsnorm ISO 17065 (DIN EN 45011). www.flocert.net

Rückfragen bitte an:

Claudia Brück

Vorständin Kommunikation, Politik und Kampagnen

T. +49 (0)221 94 20 40 – 31 | c.brueck@fairtrade-deutschland.de

TransFair e.V. (Fairtrade Deutschland)

Maarweg 165 | 50825 Köln

Telefon +49 (0) 221-94 20 40-0 | **Fax** +49 (0) 221 – 94 20 40-40

info@fairtrade-deutschland.de | www.fairtrade-deutschland.de



Geschäftsführender Vorstand: Dieter Overath, Claudia Brück, Katja Carson, Detlev Grimmelt | Vereinsregister Köln: VR 16551, USt-IDNr.: DE 154 070 082